

Freiheitsglocke

Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge - VOS e.V. (Berlin)

Berlin, Oktober 2009

59. Jahrgang, Nr. 684

BUNDESTAGSWAHL: Neue Koalition bekommt neue Chance

Das Ergebnis der Bundestagswahl könnte sowohl den Wählern wie den Parteien nützen

Das Fünf-Parteien-System hat sich auf Bundesebene etabliert. Auch wenn es vorher im Grunde schon feststand, musste man sich am Abend jenes 27. September die Augen reiben, denn die Ergebnis-Diagramme, die auf dem Fernsehschirm vor uns erwachsen, sind vor allem in ihren Ausmaßen ungewohnt. Keine der Bundesparteien quälte sich mehr an der Fünf-Prozent-Hürde, so wie wir das früher bei FDP und Grünen zuweilen erlebten. Keine Partei schneidet in den Prozentzahlen noch einstimmig ab. Das Zittern um den Einzug in unser entscheidendes Regierungsgremium ist vergessen.

Zittern, zumindest sich wundern, müssen nun die (einstigen) Großen. Vor allem der SPD ist es so übel ergangen, dass viele Bürgerinnen und Bürger im Land die Frage stellen, ob sich der begonnene Erdrutsch nicht etwa fortsetzen wird. Zwischen den Sozialdemokraten und der einstmals kleinen FDP liegen mittlerweile keine zehn Prozentpunkte Abstand mehr. Und wie man erleben konnte, sind in den heutigen Zeiten, unter den wirtschaftlichen und damit auch politischen Verhältnissen zehn Prozent Verlust an Wählerstimmen kein Nachtgespenst mehr, das man mit simplen Ärmel-Hoch-Parolen und durch personelle Umänderungen aus der Welt schaffen kann.

Die CDU hingegen konnte sich hinüber retten. Gemeinsam mit der FDP stellt sie die neue Regierung, die so neu nun auch wieder nicht ist. Der Abstand der Regierungskoalition zur Gesamtheit der übrigen Par-

teien ist derzeit noch sicher. Doch es gibt nicht die geringste Garantie, dass dies auch in vier Jahren noch so sein wird. Die regierenden Parteien CDU/CSU und FDP haben zwar zusammen sichtlich mehr Sitze im Bundestag, aber sie konnten rechnerisch gesehen nicht mal mehr die Fünfzig-Prozent-Mehrheit der abgegebenen Wählerstimmen ergattern.



Willy Brandt – trauriges Denkmal einer besseren (SPD-)Zeit? Oder Richtungsweiser für den Aufbruch?

Das ist bedenklich, und wer langfristig volksnahe und volksdienliche Politik machen will, der sollte über dieses auffällige Signal nicht hinwegbrausen. Der einstige Bevölkerungsblock, der bei Wahlen für eine Mehrheit von CDU/CSU und FDP oder auch von SPD und Grünen gesorgt hat, bröckelt.

Dass die vermeintlich kleinen Parteien so stark hinzugewonnen haben, muss nicht unbedingt für deren Qualität sprechen. Allgemein kam man zu der Erkenntnis, dass die Wähle-

rinnen und Wähler die traditionell „Großen“ nicht mehr für kompetent genug halten. Zudem gelten sie als altmodisch, hausbacken, und es wird bezweifelt, ob sie in der Lage sind, die Krise, von der sich vor allem viele Angehörige der Mittelschicht bedroht sehen, abzuwenden.

Bei der SPD ist nach der deutlichen Schlappe eine Erneuerung unausweichlich. Und die CDU? Viele Wählerinnen und Wähler sind stolz auf Frau Merkel; sie vertritt unser Land würdig und sympathisch in internationalen Zusammenkünften. Sie macht auch den Menschen bei uns im Land Mut. Sie ist stets beherrscht, manchmal witzig und fast immer schlagfertig. Sie scheut auch nicht vor sachlichen (!) Auseinandersetzungen mit anderen Politikern zurück. Sie ist durchaus die trefflichste Besetzung für die Position der Bundeskanzlerin. Nicht umsonst wurde unter ihrer Führung die Ehrenrente für ehemalige politische Häftlinge des SED-Regimes beschlossen. Aber was und wen an kompetenten Politikerinnen oder Politikern hat die CDU auf Bundesebene noch zu bieten? Welche Signale, welche Bundeskompatibilität sind aus dem Freistaat Bayern, wo die Union beträchtlich verloren hat, zu erwarten? Dieser Wahlsieg aus dem September 2009 ist vor allem noch einmal eine Chance. Dessen sollte sich die neue Koalition bewusst sein. *A. Richter*

Hinweis: Lesen Sie weitere Kommentare und Analyse zur Wahl und zu den Parteien im Innenteil dieser Fg ☞

Mitten in die Redaktionsarbeit für diese Fg-Ausgabe platzte die Meldung von der Verleihung des Literaturnobelpreises an die als Deutsche im rumänischen Banat geborene Autorin Herta Müller. Mich, auch den Bundesvorstand der VOS und viele andere Kameradinnen und Kameraden, hat diese Nachricht gefreut und bewegt. Da ich neben der Redaktionsarbeit ebenfalls als Schriftsteller tätig bin, habe ich ähnliche Berührungspunkte zur Geschichte und zur Literatur wie die Autorin Herta Müller. Das betrifft vor allem die Erfahrungen mit dem Stalinismus. Herta Müller war bis zu ihrer Ausreise aus dem kommunistischen Rumänien im Jahr 1987 permanent den Überwachungs- und Verfolgungsmaßnahmen des Sicherheitsdienstes ausgesetzt. Ihr Leben war durch das Streben nach Wahrheit geprägt, es hat sie zur Literatur und zum Schreiben von Büchern geführt, die zu bedeutenden Zeitzeugnissen geworden sind. Nach ihrer Ankunft in Deutschland hat sie sich weiter dem Thema Verfolgung, Unterdrückung und Widerstand im Stalinismus gewidmet. In etwa zwanzig Büchern ist sie dieser selbst gestellten Aufgabe mit Konsequenz und Energie treu geblieben, hat sie auf die Bearbeitung anderer Themen verzichtet. Sie hat damit wesentlich zur Entlarvung und Dokumentierung eines Zwangsregimes beigetragen, das in seiner parteiabsolutistischen Herrschaftsform dem SED-Koloss in nichts nachstand bzw. mit diesem gleichgeschaltet war. Mit der detaillierten Aufarbeitung von Schicksalen und Wesenszügen innerhalb der kommunistischen Gesellschaftsord-

nung hat sie wesentlich dazu beigetragen, die Geschichte Osteuropas unter der Knute des Stalinismus nach dem Zweiten Weltkrieg transparenter und begreifbarer zu machen. Egal, von welchen Stellen und Personen die von ihr dokumentierten Wahrheiten geleugnet werden. Diese Leistung wurde durch das Nobelpreiskomitee anerkannt. Zugleich wird damit das Schicksal vieler Opfer und Widerständler gewürdigt.

Auf ein Wort des Redakteurs

Auch wir als VOS verfolgen seit nunmehr fast 60 Jahren das Ziel der wahren Geschichtsaufarbeitung und der Anerkennung der Leiden der unschuldigen Opfer. Wir stemmen uns nach wie vor gegen das Verklären der Diktatur in jeder Form, gegen das Verschweigen und Verharmlosen der heute stärker denn je bestehenden Gefahr einer Wiederbelebung linksdiktatorische Züge – und dies in legaler Form, nämlich durch Beteiligungen an Bundes- und Landesregierungen. Die Preisvergabe an Herta Müller ist ein Zeichen und ein Gegengewicht gegen die linke Verführungskunst in diesem Land und in Europa, es zeigt, dass wir als Mahner und Aufklärer doch nicht allein stehen.

Mit Unverständnis habe ich allerdings die Reaktionen eines bekannten deutschsprachigen Literaturkritikers und anderer, teils renommierter Autoren vernommen, die sich zu Herta Müller und ihrem Werk, so-

mit auch nicht zur Preisvergabe, äußern mögen. Nein, ich halte diese Art zu reagieren, für keinen Verlust. Dies bestätigt nur, dass die Bestimmer und Rechthaber doch nicht die Bedeutung haben, die sie sich selbst zuweisen bzw. anmaßen. Somit wurde durch die Preisverleihung auch ein bisschen unsere Medienlandschaft und das damit verbundene personelle Gefüge korrigiert.

Ein anderes, vielfach gefeiertes und diskutiertes Ereignis ist die Bürgerrevolution der DDR im Jahr 1989. Der Auslöser, jene Massendemonstration der 70.000 Menschen, die am 9. Oktober 1989 auf die Straße gingen, um das SED-Regime zu verteufeln, ist auch im Rückblick beeindruckend und anrührend. Damals traten die Massen in der gesamten DDR zunächst mit der Forderung nach Reformen im SED-Staat auf. Der Ruf nach der endgültigen Freiheit und nach Reismöglichkeiten war das deutlichste aller Aufbruchssignale in Europa. Dass die absolute Mehrheit der Demonstranten die Mauer nicht mehr wollten und die Wiedervereinigung als Wunsch im Herzen trugen, wird heute meist übersehen.

Als VOS sind wir froh, dass in diesem Jahr mehrfach Mittel zur Verfügung gestellt wurden, um durch Diskussionsveranstaltungen und Gedenkfeiern die zwanzig Jahre zurückliegenden Ereignisse zu würdigen. Der Zulauf, den die Veranstaltungen fanden, hat das Interesse und den Aufklärungsbedarf der Menschheit in unserem Land gezeigt. *Bis zur nächsten Ausgabe
Ihr Alexander Richter*

Ehre, aber auch Verpflichtung für weitere Aufarbeitung

VOS würdigt gratuliert Herta Müller, die für ihren Einsatz gegen die Diktatur gewürdigt wurde

Die Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) hat der im rumänischen Banat geborenen deutschen Schriftstellerin Herta Müller zur Verleihung des diesjährigen Literatur-Nobelpreises im November 2009 gratuliert.

Nach der Verleihung des Literaturnobelpreises an Alexander Solschenizyn (gestorben 2008) im Jahr 1970 habe die Königlich-Schwedische

Akademie der Wissenschaften nun ebenfalls eine Schriftstellerin für das bisherige Werk gegen das Vergessen des kommunistischen Unrechts mit dem Nobelpreis gewürdigt.

Hugo Diederich, stellvertretender Bundesvorsitzender der VOS, erklärt: „Die Entscheidung des Nobelkomitees ist eine große Ehre für die von uns hochgeschätzte Frau Herta Müller und zugleich eine Verpflichtung

für die Deutschen, die Erinnerung an die kommunistische Unterdrückung in der DDR wach zu halten.“

Das Leben im Kommunismus, der Alltag in einem totalitären System, ist ein Hauptthema in Herta Müllers Werk. Zu ihren bekanntesten Romanen zählen «Herztier» (1994) und «Heute wär ich mir lieber nicht begegnet» (1997). Zudem veröffentlichte sie zahlreiche Essaybände.

In dieser Ausgabe:

W i c h t i g

Endlich weg mit den Götzen des Stalinismus
VOS startet erneut spektakuläre Aktion in Berlin
und verhüllt Straßenschild Karl-Marx-Allee 13

Titelseite:

Die Wahl ist vorbei, aber nicht abgehakt
Rückschau auf die Bundestagswahl 2009

Redaktionsthema:

Literaturnobelpreis macht auf Opfer der stalinistischen Verfolgung aufmerksam 2

Cottbus: Gräuël der Haft nicht vergessen
Gemeinsame Ziele der Politik und der VOS 4

Erinnerung auch im Westen präsent machen
Landesgruppenversammlung in Pforzheim 5

Schild und Schwert und Armutserklärung
Die Linke alias PDS alias SED 6

Die Linke auf dem Gipfel? Aber Schussfahrt in Niederungen ist unausweichlich
Vergangenheit, Gegenwart. Auch Zukunft? 7/8

Mühlberg – nie vergessen Gedenkveranstaltung 8

Rehabilitiert, aber viele Fragen an die CDU
Widerstand und Haft – ein Schicksal 9



Buchtipp in der Fg:

Auf den Seiten 10 und 11 finden Sie sehr interessante Rezensionen zu ebenso interessanten Neuerscheinungen. Ellen Thiemann und Valerie Bosse stellen Bücher vor, die sich auf unterschiedliche Weise mit den Machenschaften der Stasi auseinandersetzen.

Eine Fahrt zur Folterstätte der Stasi
VOS-Gruppe besucht Gedenkstätte in Berlin-Hohenschönhausen 12

Junge Abgeordnete mit Geschichtsbewusstsein
Linda Teuteberg von der Potsdamer FDP hat sich nach der Wahl im Landtag viel vorgenommen 12

Viele können das nicht fassen!
Brandenburger SPD koalitiert mit den Linken 13

Gedenken für die mehr als tausend Opfer
Bezirksgruppen treffen sich in Sonneberg 14

Hoheneck: Besucher und Zeitzeugen sind von einem Mauersegment beeindruckt 15

- VOS Kassenprüfung 6

- Verstorbene, Nachrufe 15

- Impressum 16

Nächste Vorstellung des Theaterstücks

STAATS-SICHERHEITEN

6. November 2009 im Potsdamer Theater

Veranstaltungshinweise

Einladung zur Feierstunde anlässlich des 20. Jahrestages des Mauerfalls

Es lädt ein:

Die VOS-Bezirksgruppe Rhein/Ruhr
In das Gerhart-Hauptmann-Haus
Bismarckstraße 90, 40 210 Düsseldorf

14. November 2009 um 10.30 Uhr

Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten

VOS Chemnitz - Hohenstein-Ernstthal - Stollberg

Jahresabschlussveranstaltung am

Samstag, 07. November 2009, 10.00 Uhr
Chemnitz, Markt 1, im Ratskeller (links),

Einlass: 09.30 Uhr

Bei gemütlichem Beisammensein wollen wir auf das Jahr 2008/2009 zurückblicken und über neue Aufgaben diskutieren. Ein weiterer Punkt widmet sich den Fragen der Rehabilitierung. Problemfälle werden individuell aufgenommen und Lösungswege abgesprochen. Gelegenheit zu Diskussionsbeiträgen und die Begegnung mit Leidenskameraden sind Grundanliegen unserer Veranstaltung.

Der Vorstand

Teilnahmebestätigung: Tel. unter 03 72 09 - 80 48 1



Im September nahm der Vorstand der VOS-Bezirksgruppe Leipzig gemeinsam mit der Initiativgruppe Mühlberg an einem Gedenken an die Opfer des Speziallagers teil. *Foto: R. Studera*

Verurteilt wegen meines Auftretens bei den Weltjugendspielen 1973

Bernd Pieper mit einer Richtigstellung zu „Damals in der DDR“ (FG 683, S. 14)

Niemand kann alles wissen; und so muss ich den Autor des Beitrages, dem ich im Übrigen für den Bericht zu meinem Auftritt an einer Paderborner Schule sehr danke, in einem Punkt berichtigen. Verhaftet und verurteilt wurde ich 1975 nicht wegen „Mitschriften von Musiksendungen aus westlichen Hitparaden“, sondern wegen meines Auftretens bei den Weltjugendspielen 1973 und wegen der Herstellung und Verbreitung von acht Abschriften politischer Sendungen des RIAS.

Da mich viele in der VOS kennen, danke ich für die Möglichkeit einer Richtigstellung *Bernd Pieper*

Anm. d. Red.: Bernd Pieper setzt sich seit Jahrzehnten in seiner ostwestfälischen Heimatregion verdienstvoll für die VOS – insbesondere für die älteren Kameraden – ein.

VOS-Veranstaltung in Cottbus spricht auch Jugendliche an

Menschenrechtszentrum, Politiker und ehemalige Häftlinge initiieren Rundgang im Knast

Mit dem Namen Cottbus verbinden sich für viele ehemalige politische Häftlinge der DDR schlimme Erinnerungen. Viele von ihnen verbrachten Monate oder Jahre ihres Lebens in der hiesigen Haftanstalt, die nach dem in Brandenburg befindlichen Zuchthaus zu den schlimmsten Anstalten des sozialistischen Staates zählte. Namen von berüchtigten Aufsehern (Roter Terror) und Antreibern sind unvergessen, an die Schikanen und Entbehrungen kann sich jeder einstige politische Häftling dieses Molochs erinnern. Dies mahnt, wie an anderen Stellen in der untergegangenen DDR auch, die Untaten des SED-Regimes, die heutigen Tags durch die Linke gerechtfertigt, verschwiegen oder für verjährt erklärt werden, schonungslos beim Namen zu nennen.



Staatssekretär Appel (Foto: Internet)

Um dem Gedenken ein Gesicht zu geben und die Aufarbeitung sinnvoll und generationsbezogen zu betreiben, gründete sich mittlerweile unter Mit-Initiative des stellvertretenden VOS-Vorsitzenden Hugo Diederich und des CDU-Generalsekretärs im Land Brandenburg, Dieter Dombrowski, ein Menschenrechtszentrum, dessen Geschäftsführer der ehemalige Landesbeauftragte für die MfS-Unterlagen in Sachsen Siegmund Faust ist. Das Zentrum ist auf dem Gelände der Haftanstalt untergebracht, es wird jedoch von vielen Seiten gefordert, so auch von den Vertretern der Landesregierung Brandenburgs, dass die Unrechtsgeschichte des Cottbuser Gefängnisses unter der SED-Herrschaft auf dem Gelände der Haftanstalt in einer Gedenk- und Begegnungsstätte dokumentiert wird. Damit soll auch jun-

gen Menschen, die fast nichts Wahres über die DDR erfahren, ein realistisches Bild des ersten und letzten realsozialistischen Staates auf deutschem Boden vermittelt werden.

Daher forderten auch Dieter Dombrowski und Siegmund Faust, der wegen staatsfeindlicher Hetze selbst mehr als ein Jahr in dieser Haftanstalt in einem „Tigerkäfig“ eingesperrt war, hinreichende Aufklärung über alles, was hinter den Mauern dieses Gefängnisses zu DDR-Zeiten passiert sei. Ein sichtbares Zeichen in diese Richtung setzten nun am 17. Oktober mehr als sechzig ehemalige Gefängnis-Insassen der Cottbuser Haftanstalt, die überwiegend aus der Region Berlin-Brandenburg stammten. Sie nahmen an einem von der VOS initiierten Rundgang mit Besichtigung der Arrestzellen in der Haftanstalt und an Kranzniederlegungen – sowohl für die SED- wie auch die NS-Opfer – teil.

Zu den Teilnehmern der Veranstaltung gehörte auch Hugo Diederich (Foto rechts) vom Bundesvorstand der Vereinigung der Opfer des Stalinismus. Diederich betonte in einem öffentlichen Statement, dass gerade in der zunehmenden Ostalgie mit dieser Veranstaltung, die sich ausdrücklich auf den nunmehr zwanzig Jahre zurückliegenden Mauerfall bezog, darauf aufmerksam gemacht werden sollte, wie menschenverachtend die SED-Diktatur in Wirklichkeit gewesen sei.

Begrüßt wurde von allen Seiten die Teilnahme mehrerer Schulklassen und Bildungsträger aus Cottbus und der Region. Die Besichtigungsmöglichkeit für die jungen Menschen, aber auch für Lehrer und Pädagogen, legten anschauliches Zeugnis eines menschenunwürdig eingerichteten Strafvollzugs ab, der von den sozialistischen Funktionären bewusst zur Degenerierung der Haftinsassen angelegt worden war und den die Wächter in Uniform und die Antreiber in den Betriebskitteln mit Genugtuung in die Tat umsetzten. Angesichts der Niedertracht, mit der hier Menschen jeder Würde und sämtlicher Rechte – und dies gilt besonders für Gesundheit, Hygiene, Bildung, Information, Kontakte zur Außenwelt und jedweden sozialen Anspruch – beraubt waren, braucht

es nicht verwundern, dass die Verantwortlichen und ihre heute gut bereiteten Büttel möglichst viele von den Zeitzugnissen verwischt haben.

Für eine Podiumsdiskussion wurden unter anderem der Brandenburger Staatskanzleichef Clemens Appel (SPD), der Cottbuser CDU-Bundestagskandidat Mario Laurischk, die Cottbuser SPD-Landtagsabgeordnete Martina Münch eingeladen. Clemens Appel wies in seiner Rede insbesondere darauf hin, dass die Schreckenserlebnisse der Haftzeit Langzeitwirkung hätten und sich als Traumata zeigten. Er sah es daher für wichtig an, keinem ehemaligen politischen Häftling den Antrag auf Rehabilitierung zu verwehren. Die Brandenburgische Landesregierung, so Appel, habe sich stets für eine flexible Verlängerung der Antragsfristen für die strafrechtliche Rehabilitierung eingesetzt. Dies solle auch so bleiben. Ebenfalls wies Appel auf die zügige Umsetzung der Auszahlung der Opferrenten im Land Brandenburg hin. Es sei für eine schnelle und kompetente Bearbeitung der Anträge gesorgt, so dass fast alle Anträge bereits entschieden werden konnten.



Nicht nur die ehemaligen politischen Häftlinge der Anstalt hoffen, dass die Aufarbeitung durch Gedenkstätten und Veranstaltungen durch konkrete Maßnahmen weitergeführt bzw. (an anderer Stelle) überhaupt erst begonnen wird. Worte, die von Mitgefühl und Verständnis sprechen, sind angebracht, das mag unbestritten sein, aber auch Taten, damit ist die finanzielle Unterstützung der Zeitzeugentätigkeit gemeint, sind unerlässlich. A. Richter

Spuren des stalinistischen Terrors deutlich gemacht

VOS Landesgruppenversammlung Baden-Württemberg mit Besichtigung des beeindruckenden DDR-Museums von Klaus Knabe wurde zu einem nachhaltigen Erlebnis/Hugo Diederich als Gast begrüßt

Am 12. September 2009 fand im Seminarraum des DDR Museums in Pforzheim die Landesgruppenversammlung der VOS in Baden-Württemberg statt. Die Teilnehmer hatten zunächst die Gelegenheit, mit dem Gründer des DDR-Museums Klaus Knabe durch diese zum größten Teil private und unglaublich vielseitige Sammlung geführt zu werden. Klaus Knabe berichtete von der Entstehung seines Museums, das auf den Tag genau 11 Jahren bestand. Er berichtete von der ständig wachsenden Zahl der Besucher und der zu erwartenden 500. Schulklasse.

Längst hat sich das Museum den Ehrentitel "Aufklärung statt Verklärung" verdient. Das größte Ausstellungsstück ist zweifellos ein vollständiges Mauersegment, welches vor dem Haus seinen Platz gefunden hat.

Die Grausamkeiten der kommunistischen Willkürherrschaft während der SBZ/DDR wurden in den Kellerräumen durch den Nachbau einer Stasi-Untersuchungshaftzelle, einen Vernehmerraum oder die Zeitzeugentafeln anschaulich gemacht.

"Spuren des Terrors", so wird der Raum genannt, in dem die Zeit nach 1945 in der SBZ, Speziallager, Bauzen, Waldheim, Roter Ochse, Hohe-neck und Workuta dokumentiert ist. Unter unseren Teilnehmern waren Kameradin Christine Härtkorn, und die Kameraden Eberhard Zeibig, Wolfgang Lehmann, Hans Joachim Kögel und Martin Hoffmann selbst Betroffene mit NKWD Urteilen. Für sie ist es besonders wichtig, zu wissen, dass Besucher hier von der stalinistischen Zeit erfahren.

Neben den historischen Dimensionen kamen auch die persönlichen Belange nicht zu kurz.

Für Klaus Knabe war es ein besonderes Erlebnis, fünf aus dieser Zeit persönlich begrüßen zu dürfen. Es war ihm eine Ehre, sie hier kennen gelernt zu haben.

Zur Mittagszeit gab es eine Stärkung mit Imbiss und Getränken. Die Tagesordnung begann mit der Totenehrung und der Einleitung, in deren Mittelpunkt der wunderbare Spruch der Freiheitsglocke stand.

Unser Kamerad Hugo Diederich ist aus Berlin dankenswerter Weise zu uns gekommen. Mit Interesse hörten wir seine Informationen aus der Arbeit der Bundesgeschäftsstelle. Für entsprechende Fragen und Antworten stand er uns gern bereitwillig zur Verfügung.

Einige Teilnehmer mussten schon bald den Heimweg antreten. Unser gegenseitiges Berichten aus den Bezirksgruppen ist leider ein wenig zu kurz gekommen.

Für mich selbst hatte dieser Tag einen guten Verlauf und somit danke ich allen Kameradinnen und Kameraden für ihre Teilnahme. Ich wünsche mir, dass insgesamt viele interessante Eindrücke mitgenommen werden konnten und von diesen in den BZ-Gruppen berichtet wird.

Die VOS-Bezirksgruppe Mannheim hat sich schon zu einem Museumsbesuch angemeldet. Das könnte (und sollte) auch eine Anregung für andere Gruppen sein.

Gisela Lotz

*VOS Landesgruppenvorsitzende
Baden-Württemberg*



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Landesgruppenversammlung Baden-Württemberg.

Vorn: Dr. Martin Hoffmann, Hans-Joachim Kögel, Wolfgang Lehmann, Dietmar Michel, Christine Härtkorn, Wolfgang Lehmann, Brigitte und Klaus Knabe. **Mitte:** Gisela Lotz. **Hintere Reihe:** Ernst-Helmut Ebert, Eberhard Zeibig, Hugo Diederich.

Das Zitat: *Die Anträge der Linkspartei sehen immer so aus: Der erste Satz stimmt, und im zweiten Satz wird die Weltrevolution ausgerufen.* " Guido Westerwelle (FDP) am 14. September im Fernsehsender ARD

Kann man die Linke wählen?

Ein Kommentar von Hartmut Käsewurm, VOS Rostock

Kann man die Linke wählen?

Natürlich kann man. Ich persönlich sage aber NEIN, man kann nicht – man darf nicht!

Jeder mündige Bürger Deutschlands sollte wissen, wo es hinführt, wenn das kommunistische System die Macht ergreifen kann.

Ich denke, ich kann es gut beurteilen – musste ich doch mein Leben nach dem Kriegsende 1945 zwangsweise in der Sowjetischen Besatzungszone, später in der DDR verbringen. Im „Staat des Volkes, der Demokratie und des Friedens“ – wie es laut üblicher Propaganda hieß. Doch ein „Staat des Volkes“ war der SED-Staat nie. Die DDR war eine Diktatur – und deren Wesen besteht ja gerade darin, dass die politische Macht des Staates nicht demokratisch durch das Volk legitimiert ist. Der Staat war allein das Instrument der Herrschaft der führenden Partei – und dieser vollständig unterworfen. Das Volk hatte weder theoretisch noch praktisch die Möglichkeit, an diesem Machtverhältnis vorbei Einfluss auf staatliches Handeln zu nehmen.

In der DDR war der Staat kein Treuhänder der Volksgewalt, sondern ihr Räuber. Er stand nicht für die Gesamtheit seiner Staatsbürger ein, sondern er fürchtete sie. Deswegen hat er für seine Sicherheit einen Apparat aufgebaut, dessen Dimension – gemessen an der Bevölkerungszahl – größer war als jede andere Geheimpolizei. Der Daseinszweck des Ministeriums für Staatssicherheit bestand darin, im Auftrag der Partei den Staat vor den eigenen Bürgern zu schützen. Dass sich die Staatssicherheit stolz „Schild und Schwert der Partei“ nannte, entlarvt die eigentlichen Verhältnisse: Statt der proklamierten Einheit von Volk und Staat gab es in Wahrheit nur die Einheit von Staat und SED.

Für mich war der Zweite Weltkrieg eigentlich erst nach der Wende zu Ende, da die Bürger der DDR gezwungenermaßen direkt von der Braunen Diktatur in die die Rote befördert wurden und hier leben mussten. So wurde ich auch in den 1980er Jahren als Klassenfeind von der Stasi zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Durch die Wende habe ich davon „nur“ zwanzig Monate –

überwiegend in Isolationshaft der Stasi – absitzen müssen.

Mein Traum vom Leben in einem wirklich demokratischen Staat war mit der Wende erfüllt. Nie im Leben hätte ich geglaubt, dass die Rattenfänger der Linken (SED/PDS/Linke) in unserem Deutschland wieder so demagogisch und frech auftreten könnten.



Viel versprechen, wenig halten – die Linke bringt vierzig Jahre Sozialismus und Mangelwirtschaft mit ein.

So lautet die Botschaft des Gregor Gysi zur Bundestagswahl „Reichtum für alle“ – eine Parole wie zu Zeiten der Oktoberrevolution 1918. „Reichtum für alle“ soll witzig sein, ist aber in Wahrheit eine irrsinnig arrogante „Verarsche“ der sozial schwachen Menschen. Gysi zu wählen, heißt in der Realität, dass die Armen noch ärmer werden und sich von dämlichen Sprüchen ernähren müssen. Armut für alle, das war letztlich die Realität in der DDR und in allen kommunistischen Systemen.

Die Propaganda der Linken ist kein Substitut für Politik und schon gar keine für vernünftige, zielführende Politik.

Auch wenn die Linkspartei am 27. September (besonders in den Neuen Bundesländern) ein für sie gutes Wahlergebnis zustande gebracht hat, dann geschah das sicher nicht aufgrund eigener Leistung, sondern aufgrund eines Unvermögens dieser Gesellschaft in der Auseinandersetzung mit der Linkspartei.

Wenigstens der einzelne Bürger sollte hellwach sein und es auch bleiben. H. Käsewurm

Stanislaw Tillich: „Ich zähle weiter auf Sie.“

Dankschreiben des sächsischen Ministerpräsidenten an VOS

In einem kurzen, aber deutlich formulierten Dankschreiben hat sich der sächsische Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) für die Glückwünsche bedankt, die ihm der Bundesvorstand der VOS anlässlich seines guten Ergebnisses bei den Landtagswahlen übermittelte. „Ich werde alles in meinen Kräften stehende tun, um den vor neunzehn Jahren eingeschlagenen erfolgreichen Weg zum Wohle der Menschen im Freistaat Sachsen fortzusetzen.“ Tillich schließt mit der Ansage: „Dabei zähle ich weiter auf Sie.“

In Sachsen ging die Landtagswahl mit einem deutlichen Ergebnis zugunsten der CDU aus. Die neue Landesregierung wird nunmehr aus einer Koalition von CDU und FDP gebildet. Zuvor hatten CDU und SPD gemeinsam regiert.

Hugo Diederich

v o s i n t e r n

Kassenprüfung ohne Beanstandungen

Am 20. September 2009 fand in der VOS-Bundesgeschäftsstelle Berlin die Kassenprüfung statt

Bei der jährlichen Überprüfung der VOS-Konten sowie der Handkasse wurden auch in diesem Jahr keine Unregelmäßigkeiten oder Verstöße festgestellt. Die Belege wurden ordentlich abgerechnet. Eine stichprobenweise Überprüfung der Sachausgaben erfolgte ohne Beanstandungen. Auch das separat geführte Konto („Sonderkonto Klage Spendengelder“), das immer noch existiert, wurde geprüft und ergab keine Beanstandungen.

Die Projekte der Stiftung Aufarbeitung wurden für das Jahr 2008 abgerechnet, eine Nachfrage wurde beantwortet. Durch zeitnahe Zahlungen wurde von den Möglichkeiten, Skonto zu ziehen, Gebrauch gemacht. Für das Finanzamt ist eine Abrechnung der Jahre 2006 bis 2008 erforderlich, dies soll bis zum 15.11.2009 erledigt sein.

Gepprüft durch:

Werner Sauerzweig, Kassenprüfer
Siegfried Jahnke, Stellvertreter

Die Vergangenheit verschwiegen, für die Zukunft Schlagworte

Was haben wir nach dem Stimmenzuwachs für die Linke in Deutschland zu erwarten?

Am Abend des 27. September stellte der Vorsitzende der Partei die Linke in einem Interview fest, dass der Erfolg seiner Partei besonders beachtlich sei, zumal diese Partei ja erst zwei Jahre existiere. Welch ein klassischer Fehlgriff, Welch exemplarische Falschdarstellung. Und man muss fragen: Ist das nicht typisch für diese Partei? Zum einen erklärt sie den Leuten, sie sei erst vor zwei Jahren gegründet worden, was nach formaler Rechtsauffassung tatsächlich so scheinen mag, zum anderen beruft sie sich auf lange schon zurückliegende soziale Errungenschaften und Beispiele – was teils unterschwellig, teils offen geschieht – und bekennt sich zur alten SED und deren früheren Politikern.

Geschichtlich betrachtet, vor allem bezüglich ihrer personellen Basis existiert die Linke seit 1946. Sie wurde in Form einer Zwangsvereinigung aus Teilen der SPD und der KPD als SED aus der (sozialistischen) Taufe gehoben und war das allein verantwortliche Organ für viereinhalb Jahrzehnte Diktatur und Geschichtsverfälschung auf dem Gebiet der heutigen neuen Bundesländer. Unter dem militärischen Schutzmantel des Moskauer Regimes – und natürlich auf Anweisung der KPdSU – wurde mit der SED ein Staat wie die DDR möglich, konnten Massen an Menschen unschuldig inhaftiert und teilweise zu Tode gebracht werden. Auch heute wird diese Verletzung von Menschen- und Völkerrechten durch die Historiker noch als Verbrechen bezeichnet.

Alles, was die Sozialisten vom Geld verstehen, ist die Tatsache, dass sie es von anderen haben wollen.

Konrad Adenauer, Bundeskanzler

Zugleich praktizierte die SED ein Regime der permanenten Mangelwirtschaft, der ideologischen Gleichschaltung und der Entmündigung ihrer Bürgerinnen und Bürger. Durch perfektionierten militärisch befestigten Grenzanlagen und ausgeklügelte Kontroll- und Genehmungsverfahren im Reise- und Passwesen gelang es, den größten

Teil der Bevölkerung über Jahrzehnte in ihrem großen Gefängnis DDR festzuhalten und sie der elementaren Bewegungsfreiheit zu berauben. Ideologisch war die SED an allen militärischen Konflikten beteiligt, die durch die kommunistisch-imperialistische Sowjetunion vom Zaun gebrochen und während der gesamten Zeit des Bestehens des Ostblocks geschürt und ausgedehnt wurden.

Kommentar

Nach dem Sturz ihrer uneinsichtigen Spitze wurde die SED umbenannt, sie bekam den Namen PDS, unter dem sie sich personell neu aufstellte, ihr Parteiprogramm reformierte, aber sich nicht von den früheren Mitgliedern, Mitläufern und Einpeitschern trennte. Im Angesichte dieser Halbherzigkeit verbaute sie sich fraglos die Möglichkeit der Aufarbeitung des zu verantwortenden Unrechts. Einige laue Erklärungen gab sie ab, das war alles. Sie brachte zwar den Antrag auf eine höherer Opferpension für ehemalige politische Häftlinge des SED-Regimes ein, stimmte jedoch dem späteren Entwurf der Regierungskoalition nicht zu.

Mehr denn je begeht diese Partei heutigentags den Weg der Geschichtsverfälschung, indem sie sich selbst und ihrem personellen Dunstkreis vorzugaukeln sucht, die friedliche Revolution von 1989 sei lediglich der Versuch der Massen gewesen, die DDR zu einem demokratischen Staat zu reformieren und nach Ablösung der Parteispitzen wie Honecker und Co., dieselbe DDR als eigenständigen sozialistisch orientierten Staat weiterzuführen, als Alternative zur „BRD“. Die Öffnung Mauer, die Einführung der Deutschen Mark und die innerhalb eines Jahres vollzogene Wiedervereinigung, die übrigens auf Zustimmung der DDR-Volkskammer vollzogen wurde, bezeichnet sie als

Ergebnis der Beeinflussung des Westens, insbesondere der anscheinend immer noch nicht abgegriffenen Kategorie des bösen Kapitals.

Sozialismus mit menschlichem Antlitz, das ist der Teufel beim Maskenball.

Otto Graf Lambsdorff, FDP

Üblicherweise verursacht diese Argumentation bei den Eingeweihten bestenfalls ein Schulterzucken. Es ist, um es im Jargon des allgemeinen Überdrusses zu sagen, das ewig gleiche, das ewig gestrige Gelaber. Und es ist wiederum Ausdruck der Wahrheitsverweigerung und der fehlenden Bereitschaft, sich mit dem begangenen Unrecht auseinanderzusetzen. Die Weiterführung der geschichtlichen Lüge wird zum bewusst genutzten Instrument eigener politischer Machtinteressen. Denn mitnichten haben die demonstrierenden Massen und die vielen „Republikflüchtigen“ im Jahr 89 mit der DDR gebrochen, weil sie auf der Suche nach einem menschlichen Sozialismus waren. Freiheit statt Sozialismus – auch dieser Wahlspruch gehörte zum Vokabular der Demonstrierenden.

Es ist, wenn man den Vergleich zur DDR zieht, nichts anders geworden in der Ideologie der Linken, der SED. Die Welt soll so sein, wie man sie möchte, insbesondere das Volk. Dann lässt sie sich beherrschen. Es mag sein, dass diese Taktik derzeit aufgeht, die Wahlergebnisse belegen es ja. Aber viele der Wähler haben am 27. September mehr oder weniger eine Notstimme abgegeben. In den neuen Bundesländern sehen viele Menschen keine brauchbaren Lösungen bei anderen Parteien, es gibt kaum starke und unbelastete Politiker. Im Westen haben sich die Verhältnisse, die Gegensätze verschärft. Die Banken und Großkonzerne haben Arbeitslose zuhauf produziert. Das Lebensniveau ist gesunken, die Mittelschicht bricht ein. Durch die internationalen Abhängigkeiten lassen sich wesentliche Degenrationsprozesse durch staatliche Eingriffe nur begrenzt abschwächen. Umstrukturierungen sind unvermeidlich mit Einschnitten verbunden. ☛ Seite 8

Unübersehbar müssen entlassene Arbeitnehmer und sozial Schwache die Suppe der Krise auslöffeln, während Manager und leitende Mitarbeiter sogar noch profitieren. Die Linke hat hier gute Chancen, die alten Marxismus-Lehren aufzupeppen. Sie wird damit Erfolg haben, solange die Krise anhält und solange die Wähler nicht hinter die Kulissen die politischen Absichten dieser Partei schauen können, solange niemand auf ihre Vergangenheit hinweist. Sobald das Lebensniveau und die Situation auf dem Arbeitsplätze-Markt wieder besser werden, werden auch die Wahlergebnisse dieser Partei schrumpfen. Dass sie in absehbarer Zeit noch mal zweistellig abschneidet, ist fraglich. Bereits nach Ablauf der nächsten vier Jahre wird bei so manchem Wähler die Ernüchterung eingetreten sein. Dass bis dahin ein spürbarer Aufschwung stattfindet, der auch nur annähernd an die alten Wohlstandsverhältnisse für die Masse des Volkes anknüpft, ist aber in keinem Fall zu erwarten.

Aus der politischen Landschaft verschwinden wird die Linke daher langfristig nicht mehr. Dazu ist ihr ideologisches Potenzial zu tief in den Köpfen verwurzelt. Niemand weiß zudem, wie die Entwicklung in der SPD verläuft, ob die Sozialdemokraten nicht endgültig an die Wand gedrückt werden oder ob nicht die von den Linken möglicherweise beabsichtigte Verschmelzung mit der SPD stattfindet. In diesem Fall wird zwar ein stärkerer linker Block in Deutschland entstehen, doch genug SPD-Anhänger werden einer Gesamtpartei ihre Stimme nicht geben. Dafür ist nun der „Politische Markt“ für Neuschöpfungen wie die Piratenpartei, die auf Anhieb etwa zwei Prozent der Wählerstimmen bekam, offen.

Diesmal jedoch lagen und liegen die Linken gut im Rennen. Wie man an den exzellenten Wahlergebnissen, die nicht nur in den neuen Bundesländern erzielt wurden, sehen kann, fruchtet die Schlagwort-Polemik des Parteiprogramms bestens. Die Parolen werden mit Bezug zur aktuellen Politik, zur aktuellen Wirtschaftslage in die Medien geworfen und dann den heißhungrigen, ahnungslosen Wählern unterbreitet. Die vier Haupt-Schlagworte des Kampfprogramms

heißen Aufhebung von Hartz IV, Raus aus Afghanistan, Keine Rente mit 67 und Keine Atomenergiequellen mehr. Und natürlich: Weg mit Schwarzgelb – und wenn es ginge – gleich auch Enteignung sämtlichen privaten Kapitals und allmählich des Privateigentums. Immer Schritt für Schritt, wie wir es nach 1945 erlebt haben. Bis hin zu den Gefängnissen und Scheinurteilen, die vor Todesstrafen, wie sie Ulbricht noch durch schriftliche Anweisung persönlich verfügt hat, nicht Halt machten, wenn sich jemand dem Parteiprogramm in den Weg stellte.

Dabei sollte jeder wissen, dass mit der Aufhebung von Hartz IV und mit dem überstürzten Abzug aus Afghanistan die wirtschaftlichen Probleme nicht zu lösen sind. Gerade der Austritt aus den Verpflichtungen des Nato-Bündnisses könnte neue Zerwürfnisse mit den USA bringen und zu weiteren wirtschaftlichen Schwierigkeiten führen. Aber der demagogische Rundumschlagumschlag, untermauert von Trillerpfeif-Konzerten, ist bei aller substantiellen Dürftigkeit umso massenwirksamer.

Erfreulich ist hingegen die politische Trendumkehr im Saarland. Die Grünen haben sich bereit erklärt, ein politisches „Experiment“ zu versuchen, indem sie sich zur Koalition mit der CDU und der FDP entschlossen haben. Dies wäre vor einigen Jahren noch undenkbar gewesen. Es zeigt aber, dass man vor allem in den Parteien, in denen fortschrittliches Denken eine Rolle spielt, über Inhalte und Personen anderer Parteien nachdenkt und bereit ist, alte Gleise zu verlassen. Ganz gewiss bedeutet die Absage an die Linke im Saarland weniger eine Abkehr von Oskar Lafontaine als vielmehr eine Hinwendung zur demokratischen Politik.

Einer, der für die Einheit des deutschen Vaterlandes eine wichtige Rolle gespielt hat, ist der frühere sowjetische Generalsekretär der KPdSU Michail Gorbatschow. Er hat in einem kürzlich abgegebenen Statement die Deutschen ermuntert, stolz auf die Einheit zu sein. In "Bild am Sonntag" erklärte er: "Die Deutschen haben allen Grund, dieses Ereignis zu feiern, denn sie haben viel geleistet beim Wiederaufbau des Landes." Dem ist wenig hinzuzufügen. *A. Richter*

Ehrung und Gedenken für die Opfer von Mühlberg

VOS und Initiativegruppe bei gemeinsamer Aktion zum Gedenken an die Opfer

Anlässlich des IXX. Mahn- und Gedenktreffens in Mühlberg und der Einladung der Initiativegruppe Lager Mühlberg folgend, habe ich im Auftrag meiner Bezirksgruppenvorsitzenden Reiner Schenk und Thilo Scheibe und selbst als Mitglied genannter Initiativegruppe, unseren Kameraden der BSV und der VOS, die in diesem Lager ihr Leben verlieren mussten, gedacht.

Im Laufe der Gedenkveranstaltung und der Kranzniederlegung am Hochkreuz habe ich am kleinen Gedenkkreuz der VOS und BSV Landes- und Bezirksgruppe Leipzig-Sachsen im Unvergessen dieser barbarischen Zeit, die uns Vorangegangenen geehrt.



Hinweisen möchte ich noch, dass in unserem VOS-Büro in Leipzig ein Totenbuch des NKWD Lagers Nr. 1 Mühlberg einzusehen ist, für ehemalige Häftlinge von dort oder deren Angehörige von besonderem Interesse.

Rosemarie Studera, VOS Leipzig

Das klassische Zitat:

Vergeben und vergessen heißt, kostbare Erfahrungen zum Fenster hinauswerfen.

Arthur Schopenhauer (1788-1860)
deutscher Philosoph

25 Jahre Arbeitslager für unbedachte Äußerungen

Seit 1946 für die CDU gekämpft – heute nicht beachtet/Kamerad Paul Winkler aus Dresden berichtet über seine Zeit im Widerstand gegen die stalinistische Diktatur

Der große Krieg war vorbei. In meinem Heimatland Sachsen hatten so genannte Antifa-Ausschüsse mit Unterstützung durch die Besatzungsmacht die Verwaltungsaufgaben übernommen und übten ziemlich rigoros ihre Macht aus. Erstmals waren auch Wahlen ausgeschrieben worden. Ich arbeitete damals in der Abteilung Graphik und Reproduktion der Stadt Dresden. Ich hatte mich entschieden, auch wenn ich noch nicht wahlberechtigt war, ich würde mich für die CDU, die Christlich Demokratische Union Deutschlands, einsetzen; und so wurde ich Mitglied der Jungen Union.

Inzwischen war der Tag der Wahl näher gerückt. Von allen Wänden schrieten rote Plakate, und in allen Zeitungen wurde berichtet, welche wundervollen Zeiten wir entgegen gehen würde. Der CDU war nur ein winziges Papierkontingent zugeteilt worden, so dass von dieser Partei nur wenige kleine Plakate hergestellt werden konnten. Vier Tage waren es noch bis zum Wahltag, als ein LKW mit fertig gedruckten Plakaten aus Berlin bei der Landesleitung der CDU Sachsen in Dresden eintraf. Sofort waren wir da und klebten die neuen Plakate in Dresdens Zentrum an.

Wir hatten schon einen großen Teil der Plakate geklebt – unter anderem einen Aufzug zu einer Kundgebung mit Jakob Kaiser – als am Albertplatz, im Zentrum der Dresdener Neustadt hinter uns die Bremsen von zwei LKW quietschten und uns ein Kommando der sächsischen Polizei einkreiste und festnahm.

Man brachte uns zum Polizeipräsidium, dort nahm man uns die Ausweispapiere ab und sperrte uns in einen Raum mit vergitterten Fenstern und begann uns einzeln zu vernehmen.

Zum Glück war einem von uns bei der Festnahme die Flucht gelungen und er hatte den Landesvorsitzenden der CDU, Professor Häbermann von unserer Festnahme informiert, der dann persönlich auf dem Polizeipräsidium erschien und unsere Freilassung durchsetzte. Wir erhielten unsere Ausweispapiere

zurück und konnten am Morgen des nächsten Tages gehen.

Jahre später, am 7. Oktober 1948 nahmen mich erneut zwei sächsische Polizisten, Angehörige der Landespolizei Sachsen, unter anderem wegen meiner öffentlich geäußerten Kritik an der Bewaffnung der Kasernierten Polizei mit schweren Waffen fest. Nach zwei Verhören und mehreren Tagen Haft, die Verhöre mit heftigen Tätlichkeiten, wurde ich an die Organe der Besatzungsmacht ausgeliefert.

Der Widerstand

Ich will nicht berichten, was mir dort vor und nach meiner Verurteilung zu 25 Jahren Arbeitslager geschah. Nur eines: Am 18. Januar 1954 wurde ich schwer krank aus dem inzwischen unter DDR-Verwaltung stehenden sowjetischen Sonderlager Bautzen entlassen. Heute sind mir 70 % Schwerbeschädigung als Folgen der Haft anerkannt.

Obwohl ich nie einen Antrag auf Rehabilitierung gestellt habe, wurde mir mit Datum vom 22.6.2006 über das Auswärtige Amt die Rehabilitierung durch die Militärhauptstaatsanwaltschaft bei der Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation aus dem Jahre 2003 zugesandt. Meine Verurteilung durch die sowjetischen Organe wurde für unrechtmäßig erklärt und durch die Militärhauptstaatsanwaltschaft aufgehoben.

Als ich im Frühjahr 1954, nach meiner Entlassung einmal bei der Landesleitung der CDU in Dresden vorsprach, kannte mich niemand mehr, niemand wusste mehr, dass ich bis zu meiner Verhaftung CDU-Mitglied gewesen bin – die Blockflöten hatten sich offensichtlich durchgesetzt. Mein Name war überall getilgt. Ist es heute, mehr als 60 Jahre später, nicht an der Zeit, dass man das uns von den sächsischen Organen – damals gab es die DDR noch nicht – zugefügte Unrecht anerkennt und ein paar Worte dazu

findet? Die Opferrente ist sicher gut, sie hilft Nachteile, die uns durch die Haft entstanden sind, auszugleichen, aber sie kann nicht die Schuld tilgen, welche das Land mit dem Verrat seiner Bürger an die damalige Besatzungsmacht auf sich geladen hat. Die öffentliche Entschuldigung für diese Verbrechen sollte nun nicht mehr auf sich warten lassen. Sie hätte Vorrang vor der Entlastung jener Täter, die vor zwanzig Jahren noch bereit waren, im Auftrag von Honecker und Mielke an der innerdeutschen Grenze unschuldige Menschen zu liquidieren. *Paul Winkler*

Nach der Haftentlassung lange schwerkrank und weiter schikaniert

Ein Nachtrag zu Schicksalsbericht von Paul Winkler

Fünfeinhalb Jahre von den laut Gericht ausgesprochenen 25 Jahren musste Paul Winkler in Bautzen verbüßen. Danach kam er schwer erkrankt nach Dresden zurück. Unter anderem litt er an schlimmer Tuberkulose der Lungen, der Knochen und des Darms. Als ehemaliger politischer Häftling und damit als zum Staatsfeind eingestuftes Bürger hatte er keine Chance auf eine wirksame Heilbehandlung, schon gar nicht wurde ihm eine für dieses Krankheitsbild notwendige Kur verordnet. Auch in seinem Beruf als Lithograph war keine Rückkehr möglich, da vor allem aus gesundheitlichen Gründen der Umgang mit den für die Arbeit benötigten Chemikalien nicht mehr zu verkraften war. Stattdessen blieb Kamerad Winkler weiter den Repressalien des Staatssicherheitsdienstes ausgeliefert. Er wurde bespitzelt, beschattet und zum Schweigen über seine Haft verpflichtet. Auch zu Verhören wurde er mehrmals geholt. Ähnlich erging es seiner Frau, die in dem Geschäft, in dem sie als Verkäuferin arbeitete, offen von Stasi-Leuten vernommen wurde. Der Achtzigjährige ist inzwischen zu 80 Prozent schwerbeschädigt. Obwohl von Moskau rehabilitiert, wartet er noch immer auf eine Entschuldigung der CDU. *B. Thonn*

Seitenblick

Bücher in der FG

Im 20. Jahr des Mauerfalls ist das Thema Stasi aktueller denn je. Zum einen, weil erst jetzt Historiker, Wissenschaftler, Autoren, Journalisten und Filmemacher an neue, umfassende Dokumente aus dem Ministerium für Staatssicherheit gelangen. Zum anderen, weil zunehmend zahlreiche Opfer des SED- und Stasi-Staates von den grausamen Repressalien, denen sie privat, beruflich und in politischer Haft ausgesetzt waren, berichten. Dadurch wird erst heute vielen klar, welch immensen Machtapparat es in der Honecker-Diktatur im Geheimen tatsächlich gab.

Immer wieder, wenn man ein neues Aufklärungsbuch über die Machenschaften der DDR-Schergen liest, glaubt man, dass es zur Perversion und Brutalität dieses Systems keine Steigerung mehr geben könne. Weit gefehlt. Das Mammutwerk von Professor Kristie Macrakis „Die Stasi-Geheimnisse – Methoden und Technik der DDR-Spionage“ (Herbig Verlag München, 463 Seiten, 24,95 Euro) bietet eine Fülle an Informationen und Tatsachenmaterial über das verbrecherische Treiben von Stasi & Co. Man braucht Tage, um das Gelesene zu verarbeiten. Das Buch offenbart raffinierte Methoden der Stasi, um das eigene Volk zu bespitzeln. Insbesondere aber enthüllt es in aller Deutlichkeit, wie international operiert wurde.

Man braucht Tage, um das Gelesene zu verarbeiten

Im ersten Teil schildert die Autorin, eine amerikanische Wirtschaftshistorikerin, Auslandsoperationen der Stasi, um an Computer und Rüstungstechnologie des Westens heranzukommen. Sie beschreibt spektakuläre Spionagefälle, Aktivitäten im Embargo-Schmuggel, gewährt Einblick in die Netzwerke der Agenten, berichtet über hochbrisante Einzelschicksale von Überläufern wie z. B. Werner Stiller. Sie erzählt von

Sprengstoff in Socken eingewebt

Journalistin und Buchautorin Ellen Thiemann über ein neues Enthüllungsbuch der Stasi

Betäubungen und Entführungen nach Ostdeutschland, erinnert an den Fall von Walter Thräne,

der zehn Jahre in Einzelhaft verbringen musste. Oder auch an Werner Teske, an dem die DDR-Schergen am 26. Juni 1981 in Leipzig die Todesstrafe vollzogen – mit Genickschuss.

Eine wissenschaftliche Einrichtung, die auf gestohlener Technologie beruht, kann niemals führend sein

Die Autorin erwähnt auch die „zweilightige Figur“ des Alexander Schalck-Golodkowski und seine dubiosen Geschäfte. Einerseits hoher Stasi-Offizier, andererseits durch KOKO im großen Stil mit Waffenschmuggel und Antiquitätenhandel befasst. In dem Zusammenhang nennt sie die jahrzehntelange Praxis des Geheimdienstapparates der DDR beim Aufbau von Scheinfirmen in Westdeutschland, Österreich, der Schweiz und anderen Teilen der Welt. Macrakis: „Angesichts des hoch perfektionierten Spionagesystems und ihres gerissenen Embargoschmuggler-Organisationen vergaß die DDR eines: Eine wissenschaftliche Einrichtung, die auf gestohlener und kopierter Technologie beruht, kann niemals führend sein, vor allem nicht auf einem so schnelllebigem Gebiet wie der Computertechnologie. Das Gefühl, dem Westen hinterherzulaufen, setzte der ostdeutschen Führung immer mehr zu ...“

Im zweiten Teil des Buches erfährt der Leser Stasi-Techniken bei der Überwachung und bei großflächig angelegten Lauschangriffen (Kamera- und Materialverstecke im Frühstückstablett, in Feuerzeugen, Rasier-Sets, in Kugelschreibern, Lippenstiften, Büstenhaltern, präparierten Regenschirmen, Schals, Taschen, Geheimtinte in 4711-Fläschchen). Unter Briefmarken wurden Mikrofilme transportiert. Mr. James Bond lässt grüßen! Dabei ließ sich die DDR diese Aktivitäten etwas kosten. Die Entwicklung einer Lin-

se, die so klein sein sollte, dass sie in einem Filzstift Platz hatte, dauerte fünf Jahre (von 1983 bis 1988) und kostete 1,5 Millionen Mark – entwickelt von der Firma Carl Zeiss Jena.

Mr. James Bond lässt grüßen

„Der Operativ-Technische Sektor war einer der größten im Ministerium für Staatssicherheit“, beschreibt Macrakis die Stasi-Diensteinheit, deren Hauptarbeitsfeld die Entwicklung und Anwendung konspirativer Technik bis hin zur Fälschung von Dokumenten umfasste.



„Neben den 1.079 Mitarbeitern gehörten auch mehrere große Gebäude im Bezirk Hohenschönhausen dazu, außerdem zahlreiche Villen in Berlin und anderen ostdeutschen Städten ... Die internen, für Staatssicherheit und Spionageabwehr zuständigen Mitarbeiter erhielten Beobachtungskameras und Kleintransporter mit Spezialausstattung, die Telefonabhöreinheiten erhielten Abhörvorrichtungen und die Grenzkontrollen wurden mit radioaktiven Detektoren zum Aufspüren von Grenzverletzern ausgestattet.“

Kristie Macrakis recherchierte, dass die Nachfrage nach Abhöreranlagen 1974 um das Sechsfache anstieg. Hunderte westdeutsche Reisepässe wurden von der Stasi gefälscht, Ausweispapiere aus 28 verschiedenen westdeutschen Städten.

Man erfährt außerdem, dass in streng geheimen Spionagekommandos weitaus gefährlichere Dinge entwickelt wurden. Zum Beispiel ein ferngesteuertes Auto, das sie explodieren lassen konnten. 1982 beschrieb ein Beteiligter das Szenario um Mielke so: „Alle beteiligten Genossen stellten sich die Frage: Wird es klappen? Aber als der Genosse Minister startete, der Wartburg sich in Bewegung setzte und innerhalb von Sekunden in Flammen aufging, hatten wir Freudentränen in den Augen, weil sich die Mühe gelohnt hatte.“ Die Autorin berichtet weiter:

Freudentränen bei Explosion: Mühe hatte sich gelohnt

„Die erfolgreiche Demonstration sorgte für Inspiration und führte zur Entwicklung kreativerer und anspruchsvollerer Sprengstofftechnologie, die in der Entwicklung explosionsfähiger Handtücher und Socken gipfelte. Der Sprengstoff wurde tatsächlich in den Stoff eingewoben und konnte so entweder unerkannt gelagert oder bei Berührung aktiviert werden. Die Techniker entwickelten aber auch „normale“ Waffen und Schalldämpfer für Maschinenpistolen.“

Das reinste Horror-Szenario für den ungeübten Leser über die Methoden der Verbrecherorganisation Stasi sind zweifellos die Arbeiten mit chemischen und radioaktiven Substanzen an Stoßstangen, Reifen, Geldscheinen, selbstklebenden Folien, radioaktiven Nadeln, die heimlich an der Kleidung befestigt werden konnten, radioaktive Flüssigkeit (Scandium 46), die aus 30 cm Entfernung dem angepeilten Opfer angesprüht wurde. Die OST-Mitarbeiter konnten auf mehrere hundert chemische Markierungsmittel zurückgreifen. „Radioaktive Markierungen durften zwar offiziell nicht im Ausland angebracht werden, aber die technischen Einheiten entwickelten dennoch radioaktiv markiertes Papier, aus dem DDR-Postkarten hergestellt wurden, die per Post ins oder aus dem Ausland verschickt werden konnten“, so Macrakis.

Radioaktivität zur Markierung und zum Töten

Die Autorin nennt die Handlanger der Stasi – ob Direktoren, Wissenschaftler oder Techniker in Ost und

West – fast alle beim Klarnamen. Das ist ein besonderes Verdienst der Historikerin – und auch des Verlegers, zu Zeiten, wo häufig vor Gericht seitens der Täter wegen Namensnennungen geklagt wird. „Der Westen hatte die technischen Möglichkeiten Ostdeutschlands bei verdeckten Ermittlungen bis zum Ende der Republik unterschätzt ... Als die viel beschäftigte Abteilung mit ihren landesweiten Abhörstationen, mobilen Einheiten, Schulungszentren, Verwaltungsbüros, Cafeteria und insgesamt mehr als 3.000 Mitarbeitern 1989 aufgelöst wurde, waren ihre technischen Geheimwaffen fast über die gesamte Dauer des Kalten Krieges vor dem Westen verborgen geblieben.“



Handtasche mit verdeckter Kamera: Alltagsinstrument für Stasi-Spitzelei (Foto: A. R.)

Auch 20 Jahre nach dem Untergang der zweiten deutschen Diktatur kann man es nicht ignorieren, dass alte SED- und Stasi-Apparatschiks das Land weitgehend mitregieren. Nostalgie, Schönfärberei und Verharmlosung dürfen nicht geduldet werden. Deshalb verdienen Aufklärungsbücher wie das vorliegende eine breite Leserschaft. 20 Jahre nach Ende des Unrechtsregimes haben die Täter nichts dazu gelernt. Für ihr verbrecherisches Handeln und ihre Menschenrechtsverletzungen empfinden sie keine Reue, kein Bedauern. Die von ihnen ausgehende Gefahr wird nach wie vor unterschätzt. Unsere Demokratie muss vor den alten Seilschaften geschützt werden.

Ellen Thiemann

Doppelter Gewinn und doppelte Lust

Wie die Stasi das „horizontale Gewerbe“ für ihre Spitzel-Zwecke nutzte

Eigentlich sind Geld und Liebe zwei Dinge, die sich ausschließen. Wie aber ist es mit Geld und Sex? – Die beiden Kategorien sind das, was im Alltag ziemlich gut zusammengeht. Legst du mir einen Schein hin, gebe ich dir, was dich für kurze Zeit glücklich macht.

Im Sozialismus, so hieß es offiziell, sei käuflicher Sex nicht ange-sagt. Erstens widerspreche das den moralischen Ansprüchen dieser Gesellschaftsordnung, zweitens sei die moderne sozialistische Frau emanzipiert und auch wirtschaftlich unabhängig genug, um durch Prostitution nicht erniedrigen zu lassen.

Von wegen. Ahnten wir es damals wohl schon, so wissen wir es nun durch das Buch von Peter Alexander und Francis Milwoy um vieles besser. Die sozialistische Frau war demnach gar nicht so fleißig, zumindest unterlag sie nicht unbedingt dem Reiz der kollektiven 40-Stunden-Maloche pro Woche, und zweitens hatte sie's auch ganz gern schön. Letzteres bezieht sich auf die Möglichkeit der Geldeinnahme. Für ein bisschen Sex mit einem gut betuchten Freier, gern auch aus dem NSW-Bereich, ließ sie durchaus die Hüllen und die moralischen Gebote fallen. Mehr noch: Auch ein Zweit-einkommen schlug sie nicht in den Wind, so ihr dies das MfS verbunden mit „inoffiziellen Spitzelbefugnissen“ gewährte. In den renommierten Hotels, voran in Leipzig und Warnemünde, lauerten die von der Stasi instruierten Prostituierten, um nach den er- bzw. verkauften Sex-Erlebnissen fleißig auszuplaudern, was es zu plaudern gab.

„Sex for money“ ist ein Buch, das es in sich hat. Und dies in etlichen Dimensionen. Es schafft Vergnügen, Unterhaltung, lässt einen Staunen und bedient den Leser mit Informationen von der Basis. *Valerie Bosse*

Peter Alexander, Francis Milwoy: **Sex For Money** - Mit der Stasi im Bett (Taschenbuch) ISBN 978-3868052923, 206 Seiten, Preis: 19,80 Euro Reihe: Ost-West-Storys

Wahrheiten, die immer noch zu wenige kennen

Thüringer VOS besucht Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

Mitglieder unseres Thüringer Landesverbandes veranstalteten am 24. September eine Busfahrt nach Berlin. Angereist waren rund 30 Kameradinnen und Kameraden. Höhepunkt war die Besichtigung der früheren Stasi-Haftanstalt Hohenschönhausen. Der Berliner VOS-Landesvorsitzende Mario Röllig, der 1987 dort in U-Haft einsitzen musste, führte die Gruppe. Dabei wurde deutlich, dass die individuelle Aufarbeitung von Erlebnissen mit der Stasi erst in ihren Anfängen steckt.

Die Haftanstalt Hohenschönhausen diente bis zum Mauerfall der Stasi als Untersuchungsgefängnis. In der Zeit von 1946 bis 1951 wurde der Gefängnistrakt einer ehemaligen NS-Großküche von der sowjetischen Besatzungsmacht genutzt, um politische Gegner zu verhören. In den unterirdischen Zellen ("U-Boot") gab es kein Tageslicht, tagsüber durften die Häftlinge nicht schlafen, konnten nur auf der vordersten Kante einer Pritsche sitzen bzw. mussten meist stehen. Da Verhöre nur nachts statt-

fanden, litten die Häftlinge unter Schlafentzug – eine Folter, die die Persönlichkeit bricht und willenlos macht. Ab 1951 nutzte die Stasi die vorhandenen Gebäude und baute den Komplex wie einen Hochsicherheitstrakt aus.

Nach außen war das Gebiet des Stasi-Komplexes in seinem wirklichen Ausmaß auf keinem Ostberliner Stadtplan eingezeichnet. Die Inhaftierten wurden oft bewusstlos, betäubt oder mit verbundenen Augen auf Lieferwagen ins Gefängnis gebracht, und um die Menschen noch mehr zu verwirren, fuhr man mit ihnen auf dem Gelände im Kreis und immer wieder durch ein schweres Eisentor, so dass der Eindruck einer riesigen Festung entstehen musste. Erst nach dem Mauerfall und erst nach einem Besuch wussten die Zeitzeugen, dass sie überhaupt dort inhaftiert worden waren.

Untergebracht waren die Häftlinge in geräuschisolierten Einzelzellen; sie wurden von immer denselben Stasibeamten verhört. Die langen

Wege, die von Zelle zu Verhör zurückzulegen waren, waren mit einem besonderen "Ampelsystem" ausgestattet, eine Begegnung mit anderen Menschen war damit so gut wie ausgeschlossen. Auch der 20-minütige Freigang fand isoliert statt – hier war nur ein kleiner Blick in den Himmel und auf den Aufseher mit MG im Anschlag möglich.

Die isolierten und orientierungslosen Gefangenen wurden in den Verhören plötzlich mit Namen angesprochen, sie bekamen Zigaretten, Tee und Kaffee und der Vernehmer war für den Häftling die einzige Person, die mit ihm redete und die ihm gezielt Vergünstigungen gewähren konnte. Diese Taktik, die so genannte "Operative Psychologie" sollte die Bereitschaft zu Geständnissen fördern. Seit 2000 ist die 1994 eröffnete Gedenkstätte eine selbstständige Stiftung des öffentlichen Rechts, die je zur Hälfte von Bund und vom Land Berlin finanziert wird.

Ronald Lässig
VOS-Pressesprecher

Nicht nur die Linken werden in Brandenburgs Landtag auftrumpfen

Die FDP-Abgeordnete Linda Teuteberg setzt sich für ein klares Geschichtsbild der DDR ein

Für neuen Schwung im Landtag Brandenburg dürfte fortan die junge FDP-Abgeordnete Linda Teuteberg sorgen, die bei ihrer ersten Kandidatur für das Parlament in Potsdam auf Anhieb dort einzog. Trotz ihres Alters von erst 28 Jahren engagiert sich die noch in der DDR geborene junge FDP-Politikerin für klare politische Aussagen. Insbesondere fordert sie die Vermittlung eines wahren Geschichtsbildes über die Verhältnisse in der SED-Diktatur an die heutigen und die künftigen Schülerinnen und Schülern im Land Brandenburg. Diese Intention brachte sie bereits vor den Wahlen im September zum Ausdruck und diese wiederholte sie auch in den ersten Statements, die sie nach Bekanntwerden ihres souveränen Wahlerfolges für die Medien abgab.

Ganz konkret stellt Frau Teuteberg (Foto mit Manfred Kruczek) die Forderung, den Geschichtsunterricht an den Schulen mit ausreichendem Stoff über das diktatorisch geprägte Wesen der DDR und damit

auch des gesamten kommunistischen Systems zu verbinden.



Dies findet, zumindest im Land Brandenburg, derzeit nur in Ausnahmefällen statt, wiewohl die Rahmenlehrpläne eine geordnete Gewichtung vorsehen und ein Zeitzeugenprogramm, in das auch VOS-Mitglieder integriert sind, existiert.

Erfreulicherweise trifft man Linda Teuteberg auch auf Veranstaltungen, die von ehemaligen politischen

Häftlingen der DDR bestritten werden und wo es um die Darstellung von Widerstand und Schicksalen geht. So auch am 6. Oktober, als Fg-Redakteur Alexander Richter auf Einladung des Potsdamer Forums zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte im Land Brandenburg vor 70 Zuhörern referierte. Linda Teuteberg gehört selbst in diesem kleinen, aber sehr engagiert auftretendem Verband an, in dem der frühere Bürgerrechtler und langjährige Potsdamer Stadtabgeordnete vom Bürgerbündnis Manfred Kruczek ebenfalls Mitglied ist. Linda Teuteberg bildet damit ein Hoffnung gebendes Gegengewicht zu den jungen Abgeordneten aus der Partei Die Linke. Dort werden uns immer wieder Gesichter mit den dürrtigen Eigenschaften präsentiert: *unbefangen, hübsch und gegen rechts*. Auf diese Weise soll das Wirken einer altstalinistisch geprägten Politgang, die diese Partei noch immer stützt, durch frische Bilder übertüncht werden.

Hugo Diederich

Sachbeschädigung oder Geschichtskorrektur?

VOS-Aktivisten benennen trotz Polizei-Verbots die Berliner Karl-Marx-Allee symbolisch um

Mitglieder des VOS-Landesverbandes Berlin-Brandenburg haben am Freitag, den 9. Oktober 2009 mit einer Protestaktion die Berliner Karl-Marx-Allee symbolisch in *Straße der friedlichen Revolutionäre* umbenannt. Das Straßenschild am Strausberger Platz wurde anlässlich des 20. Jahrestages der Leipziger Montagsdemonstration vom 9. Oktober 1989 mit dem neuen Namenszug überklebt.



Wieder gelang es, die Öffentlichkeit zu mobilisieren. Mehrere Medien, darunter die Berliner Morgenpost, der Tagesspiegel, die Berliner Zeitung und der RBB, berichteten ausführlich. Der VOS-Landesvorsitzende Mario Röllig sagte: „Es ist für uns unverständlich, dass 20 Jahre nach dem friedfertigen Aufbegehren

in der DDR viele Straßen in Deutschland noch immer die Namen kommunistischer Idole tragen.“ Derzeit gebe es deutschlandweit noch rund 550 Straßen, die nach Karl Marx benannt seien. Hinzu kommen die Straßen weiterer kommunistischer Idole wie Ernst Thälmann, Wilhelm Pieck, Karl Liebknecht oder Rosa Luxemburg.

Auch der Leiter der Gedenkstätte Hohenschönhausen, Dr. Hubertus Knabe (rechtes Foto), war zu der Protestaktion gekommen. "Besonders in den ländlichen Regionen hat sich da kaum etwas getan“, sagte er und regte einen Aufruf des Bundespräsidenten zur Umbenennung kommunistischer Straßennamen an. Schließlich erinnere kaum ein Weg an den Mut tausender Menschen, die gegen das SED-Regime Widerstand geleistet und für Freiheit und Demokratie protestiert hatten. Die Zeit für eine „Straße der friedlichen Revolution“ sei daher reif. In offenen Briefen an Bundeskanzlerin Merkel und Berlins Regierenden Bürgermeister Wowereit hat die VOS ihrer Forderung nach Umbenennungen und einer angemessenen Würdigung der

Revolution in der DDR Nachdruck verliehen. Die CDU-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung



Friedrichshain-Kreuzberg brachte auf Anregung der VOS einen Antrag auf die Umbenennung der Karl-Marx-Allee in „Straße der friedlichen Revolution“ auf den Weg. Geplant war ursprünglich, alle Schilder der Karl-Marx-Allee bis zum Frankfurter Tor zu überkleben. Das verbot die Polizei jedoch kurzfristig mit der Begründung, dass es sich dabei um Sachbeschädigung handeln würde.

Ronald Lässig, Fotos: VOS

Setzt mit Brandenburg der Siegeszug der Linken in Deutschland ein?

SPD entscheidet sich aus unerfindlichen Gründen für eine rotrote Koalition

Für viele war es eine Überraschung, andere hatten damit gerechnet: Am 12. Oktober gab der wiedergewählte Brandenburgische Ministerpräsident Platzeck bekannt, dass seine SPD im Landtag künftig mit der Partei Die Linke zusammen regieren wolle. Damit erfolgt nach zehnjähriger Koalition zwischen SPD und CDU ein Wechsel des Koalitionspartners. Dieser Wechsel wurde ohne die Notwendigkeit einer Mehrheitsbildung vollzogen, denn auch die SPD und die CDU hätten nach den Wahlergebnissen vom 27. September noch eine hinreichende Mehrheit im Parlament zustande gebracht.

Bei vielen Wählerinnen und Wähler stößt die Entscheidung der SPD-Fraktion auf Unverständnis. Fanden doch zuvor noch heftige Diskussionen über die vielen stasi-belasteten Mitarbeiter im Öffentlichen Dienst, insbesondere bei der Polizei, statt und wurden auch gegen die Spitzen-

kandidatin der Linken im Wahlkampf, Kerstin Kaiser, heftige IM-Vorwürfe erhoben.

Nun ist Die Linke der SPD mit dem Verzicht Frau Kaisers auf einen Ministerposten entgegengekommen. Jene Wähler, die sich bei der Abgabe ihrer Stimme darauf verlassen hatten, dass Platzeck seine Koalition mit der CDU fortsetzt, fühlen sich betrogen. Insofern bleibt abzuwarten, ob Platzeck sich mit dieser Entscheidung für die nächste Wahl in fünf Jahren nicht einen Bärendienst erwiesen hat. Denn wer die Linken in der Regierung will, der wird sie möglicherweise direkt wählen. Herr Platzeck könnte demnach irgendwann das Nachsehen haben und dann seinerseits um eine Koalition mit den Linken betteln.

Auch das Signal, das der Brandenburgische Ministerpräsident für die Bundes-SPD abgeschossen hat, könnte verheerende Wirkungen ha-

ben. Im Frühjahr 2010 finden in NRW Landtagswahlen statt. Hier macht sich die Linke stark wie in kaum einer anderen Region des Westens. Selbst Sarah Wagenknecht, erklärte Kommunistin, wurde vor Ort eingesetzt. Das Ziel, die jetzige demokratische Regierung zu Fall zu bringen, könnte durchaus seine Realisierung finden. Ob es dann bei der SPD nicht doch lange Gesichter geben wird, weil vielleicht Die Linke mehr Stimmen sammelt als die SPD, bleibt abzuwarten.

Fakt ist, dass sich Platzeck mit seiner Koalitionsentscheidung gegen den Bundestrend gestellt hat. Im Saarland haben mittlerweile die Grünen der Linken einen Korb gegeben, und in Thüringen schaffte es Die Linke nicht, sich die dortige SPD unterwürfig zu machen. Man sieht: Es gibt mit Christoph Matschie auch standhafte Politiker in dieser Partei. *Dr. Alwin Haug*

Die Erinnerungen verblassen, das Gedenken und Mahnen bleibt

Großartige Veranstaltung am Gedenkkreuz in Sonneberg mit vielen kompetenten Beteiligten

Die von den VOS-Landesgruppen Hessen/ Reinland-Pfalz, Bayern und Thüringen organisierte Gedenkfeier zum Tag der Deutschen Einheit wurde von uns am 03.10. 2009 unter Teilnahme anderer Opfergruppen und weiterer 150 Gäste aus den Regionen Sonneberg und Neustadt mit guter Resonanz durchgeführt. Die bösen Erinnerungen von damals verblassen zwar, aber es darf niemals wieder eine Diktatur auf deutschen Boden geben. Unter diesem Motto wurden auch die einzelnen Redebeiträge gestaltet.

An dieser Stelle möchten wir uns besonders bei den Referenten recht herzlich bedanken. Zu ihnen gehörten Frau Sybille Abel, Bürgermeisterin von Sonneberg, Frau Hildegund Neubert, Landesbeauftragte für die STASI-Unterlagen des Freistaates Thüringen, Hugo Diederich, stellvertretender Bundesvorsitzender der VOS, die VOS- Landesvorsitzenden von Thüringen Wolf-Dieter Meyer und von Hessen/Rheinland Pfalz, Arno Selten und der VOS- Landesgruppe Bayern. Unser Dank gilt natürlich auch den vielen Teilnehmern, insbesondere aber auch der Stadt Sonneberg, die uns allseits bei der Veranstaltung und der Autorenlesung unterstützt hat.

Denken wir stets daran, wer sich nicht entmündigen lassen wollte, bezahlte den Freiheitswillen mit dem Leben oder wurde zum Krüppel geschossen. Aber auch bei den Zwangsaussiedlungen von politisch unbequemen Menschen in der Region Sonneberg zeigte der Unrechtsstaat DDR sein wahres Gesicht.

Ein Schwerpunkt bei der Arbeit unserer Opferverbände sollte vor allem beim Einsatz der Zeitzeugen liegen. Die ehemals aus politischen Gründen bei der STASI und in den Vollzugsanstalten der SBZ/DDR Inhaftierten müssen mit Hilfe des Verbandes den Kontakt zu den Schulen und weiteren Bildungseinrichtungen suchen. Hier gilt es vor allem, die Schwierigkeiten mit den alten Betonköpfen unter den Pädagogen zu überwinden. Dies ist keineswegs einfach, denn immer noch sind Lehrer im Schuldienst, die wegen ihrer eigenen DDR-Vergangenheit wenig Interesse zeigen, den Schülern ein



umfassendes wahrheitsgemäßes Geschichtsbild des Unrechtsstaates DDR zu vermitteln, obwohl dies die Rahmenlehrpläne klar vorsehen.

Die VOS-Landesgruppen haben gemeinsam am ehemaligen Todesstreifen an unserem 2006 errichteten Mahnkreuz und der symbolisch gepflanzten Linde, der über 1000 namentlich bekannten Frauen und Männer, darunter auch Minderjährige, gedacht, die bei Fluchtversuchen ermordet wurden. Es wurden Kränze mit Blumengebinden niedergelegt, aber es legten auch einzelne Bürger im stillen Gedenken an die Opfer Blumen nieder.

Die anschließende Autorenlesung mit einer Podiumsdiskussion im Rathaussaal Sonneberg, unter Teilnahme von Frau Dr. Carmen Rohrbach aus Schondorf und VOS-Kamerad Dr. Jörg Bilke aus Coburg, die beide mehrere Jahre in Hohe-neck bzw. Waldheim inhaftiert waren, war sehr gut besucht. Carmen Rohrbach stellte ihr Buch „So lange ich atme“ (Fluchtversuch durch die Ostsee) vor. Mehr dazu auf der Homepage www.carmenrohrbach.de, und Dr. Bilke zitierte Texte aus seinem Buch „Der Hund des Odysseus“. Beide Werke wurden bereits in der Fg besprochen.

Viele ehemalige politisch Verfolgte und Gäste verfolgten interessiert den Darlegungen der Autoren, sie nutzten die anschließende Diskussi-

on ihr eigenes Schicksal zu schildern. So können wir einschätzen, dass unsere gemeinsame Veranstaltung am Tag der deutschen Einheit einen würdigen Rahmen erhielt und die VOS den Weg aufzeigt, wie wir gemeinsam gegen jegliches Vergessen der DDR Diktatur vorgehen.

*Siegfried Keil, Landesgruppe
Hessen/ Rheinland-Pfalz*

Ein besonderes Erlebnis am Tag der Einheit

Der Verband katholischer Männergemeinschaften hatte unseren Kameraden Wolfgang Stiehl zu einem Vortrag zu seiner traditionellen Feierstunde in Salzgitter eingeladen. Gern nahm ich das Angebot an, ihn zu begleiten.

Sehr feierlich wurden wir empfangen und konnten an einer liebevoll und festlich gedeckten Tafel Platz nehmen. In seinem Redebeitrag erläuterte Stiehl ausführlich das schwierige Opfer-Täter-Verhältnis zwanzig Jahre nach der friedlichen Revolution und wurde von den reichlich hundert Zuhörern mit Beifall bedacht. Mittlerweile ist es selbstverständlich, die ehemalige innerdeutsche Grenze überqueren zu können. Für mich aber war es speziell an diesem Tag und zu diesem Anlass ein besonderes Glücksgefühl.

*Es grüßt euch alle
eure Melanie Kollatzsch*

Gedenkende Erinnerung an einen Freund

Meine Freundschaft mit Achim Beyer begann in finsterner Haftzeit im Mai 1953 im Zuchthaus „Roter Ochse“ in Halle (Saale). Ich teilte über mehrere Monate eine Sieben- und eine Dreimann-Zelle neben Anderen mit Achim Beyer. Danach fanden wir uns erst 1995 im Rahmen einer Ausstellung zur DDR-Justiz in Magdeburg wieder. Ich hatte das Bild der Werdauer Oberschüler in der Ausstellung gesehen und dazu Achim Beyers Ankündigung als Zeitzeuge. Daraufhin konnte ich lediglich den Wohnort Erlangen ausfindig machen und suchte auf „Gut Glück“ einen Achim Beyer im Telefonbuch. Es klappte. Der erste Anruf war erfolgreich. Ich fragte, ob ich mit dem Achim Beyer verbunden sei, der 1953 unter Anderem im „Roten Ochsen“ in Halle logierte. Als er, nach einer kleinen Überraschungspause sagte, jaah, das kann zutreffen, sprach ich ihn mit seinem Spitznamen aus dieser Zeit an. Jetzt wusste Achim, dass er es mit einem Haftkameraden zu tun hatte.

Mit der Magdeburger Gedenkstättenleitung, die planmäßig Achim Beyer für den Zeitzeugentermin betreuen wollte, machte ich aus, dass ich den Part übernehme. Seit dieser Zeit konnten wir immer wieder Gespräche in gemeinsam besuchten Veranstaltungen führen, oder hin und wider einmal lange abendliche Telefongespräche – auch tief in die Privatsphäre hinein – führen. Allein in diesem Jahr konnte ich Achim Beyer als Zeitzeugen im Podium in drei Veranstaltungen treffen. Sein Einsatz als Zeitzeuge und seine Publikationen in verschiedensten Zeitschriften war stets von großer Sachlichkeit und gründlicher Vorbereitung und Recherche gekennzeichnet. Achim Beyers Fehlen in künftigen Veranstaltungen der Aufarbeitungsszene, wie auch die nicht mehr möglichen Anrufe werden uns immer wieder schmerzhaft, aber auch in ehrendem Gedenken, an ihn erinnern. Die Vergangenheit ließ ihn, wie viele politisch Verfolgte, im positiven Sinne, nicht los.

Wolfgang Stiehl

Verbesserungen der Opferrente und im Verbandsleben

Gut besuchtes Treffen und interessante Diskussion bei der VOS-Bezirksgruppe in Leipzig

Über aktuelle Fragen des Verbandslebens hat die Mitgliederversammlung der Bezirksgruppe Leipzig am Samstag, den 26. September beraten. Der Einladung in den Kleingartenverein "Seilbahn" im Stadtteil Gohlis waren rund 25 Kameradinnen und Kameraden gefolgt. Nach der Begrüßung und einführenden Worten durch den Vorsitzenden Reiner Schenk diskutierten die Mitglieder über Möglichkeiten, die Anliegen der VOS nach der Landtagswahl in Sachsen besser durchzusetzen. Insbesondere wurde die Forderung betont, Verbesserungen bei der Opferrente zu erreichen. Außerdem äußerten mehrere Kameradinnen und Kameraden ihren Wunsch, das Vereinsleben vor Ort künftig zu intensivieren, beispielsweise durch eine gemeinsame Busfahrt. Thilo Scheibe entschuldigte den kurzfristig erkrankten niedersächsischen Landesvorsitzenden Peter Reihs, der einen Vortrag zu interessierenden sozialen Fragen halten wollte. Es ist angedacht, dies bei einer nächsten Versammlung nachzuholen. Der stellvertretende Bundesvorsitzende Hugo Diederich und VOS-Pressesprecher Ronald Lässig informierten die Bezirksgruppe über die Arbeit des Bundesvorstandes und die erfolgreichen Bemühungen, die VOS regelmäßig in den Medien zu platzieren. Durch intensive Netzwerkarbeit mit Politikern soll zudem eine stärkere Anbindung der VOS an den politischen Raum erarbeitet werden, um Interessen unseres Verbandes besser durchsetzen zu können.

Ronald Lässig

Ein Mauersegment zur Mahnung

Eine spektakuläre Aktion

Das Jahrestreffen der ehemaligen „Frauen von Hoheneck“ verlief diesmal eher ungewöhnlich. Neben der Neuwahl des Vorstandes und Zeitzeugengesprächen an Schulen hatte die Vereinigung 17. Juni zum Tag der Deutschen Einheit ein Mauersegment nach Stollberg transportiert. Die ehemalige Insassin des berüchtigten DDR-Frauenzuchthauses, Heide-Lore Fritsch aus Berlin hatte das Thema Hoheneck auf dem Segment eindrucksvoll gestaltet. Der Landesverband Berlin der VOS unterstützt das Projekt mit 150 Euro. Nun wurde es am 1. Oktober vor den Toren der Anstalt in Anwesenheit vieler ehemaliger Gefangener enthüllt und am 2. und 3. Oktober vor dem Rathaus der Stadt Stollberg der Öffentlichkeit präsentiert.

Der Oberbürgermeister Marcel Schmidt (37, Freie Wähler), wies bei der Eröffnung des zeitgleich stattfindenden Bauernmarktes auf die erschütternde Geschichte der DDR-Haftanstalt in Hoheneck hin und forderte die Bürger auf, sich neben der Freude über den Mauerfall vor zwanzig Jahren auch mit den Schicksalen der vielen unschuldigen Insassen des Frauenzuchthauses zu befassen. Besonders am Tag der Deutschen Einheit informierten sich zahlreiche Frauen und Männer, junge und alte, über die Dokumente auf dem Segment und ließen sich von Zeitzeugen, unter ihnen Heide-Lore Fritsch, Anne Klar und Tatjana Sterneberg über die unmenschlichen Haftbedingungen berichten. Vielfach wurde Empörung darüber laut, dass das Gefängnis durch den Freistaat Sachsen an einen Investor verkauft wurde, statt dort eine Gedenkstätte zu errichten.

Carl-Wolfgang Holzapfel

Wir trauern um

**Jürgen Schaepe
Siegfried Bundesmann
Rudolf Silberhorn
Hermann Jauch**

**Bezirksgruppe Dresden
Bezirksgruppe Köln
Bezirksgruppe Reichenbach
Bezirksgruppe Stuttgart**

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

Wanderausstellung über Zuchthaus Brandenburg eröffnet

„Aufstand hinter Gittern“ – Wanderausstellung in der Klosterkirche St. Pauli in Brandenburg/H. thematisiert den Gefangenenaufstand in der Strafvollzugsanstalt Brandenburg 1989/1990. Anlässlich des 20. Jahrestages des Aufstandes der Häftlinge in der Strafvollzugsanstalt Brandenburg wird die Wanderausstellung "Aufstand hinter Gittern" in der Klosterkirche St. Pauli in Brandenburg/H. präsentiert. Die Ausstellung der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten thematisiert die gewaltlose Protestbewegung der Gefangenen im Herbst 1989. Im Rahmen der Eröffnungsveranstaltung am 7. Oktober 2009 führte die Ausstellungskuratorin Dr. Leonore Ansorg in die Ausstellung ein, die mehrere inhaltliche Schwerpunkte hat.

Am 3. Oktober 1989 wandten sich politische Häftlinge der Strafvollzugsanstalt Brandenburg mit Eingaben an den Staatsrat der DDR, in denen sie gegen ihre Inhaftierung protestierten. Daraus entwickelte sich sehr rasch eine breite Protestbewegung mit Hungerstreiks und Arbeitsniederlegungen, die die ganze Haftanstalt erfasste und zu ersten Entlassungen führte. Anfang Dezember waren mehr als 1.000 Inhaftierte in den Streik getreten. Auf einer Pressekonferenz verlangten die Inhaftierten die Überprüfung der Strafurteile, Amnestien sowie umfassende Reformen des Strafvollzugs. Nach einer weiteren Amnestie, die die DDR-Regierung am 6. Dezember 1989 verkündete, gingen die Proteste weiter, was zu weiteren Entlassungen und Reformen führte.

Die von dem Berliner Büro "id3d" gestaltete Wanderausstellung greift das Motiv der Gefängnismauern auf, indem sie die Besucher in einen geschlossenen Raum führt. Mit Hilfe von Dokumenten, Fotos und audiovisuellen Zeitzeugenberichten wird dort die Geschichte des Aufstandes chronologisch erzählt. In einer Vitrine werden außerdem originale Exponate aus dem Haftalltag präsentiert.

Die Ausstellung "Aufstand hinter Gittern" wird von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung, dem brandenburgischen Justizministerium und der Stadt Brandenburg an der Havel unterstützt. Sie ist vom Eröffnungstermin 7. Oktober 2009 bis 30. November 2009 in der Klosterkirche St. Pauli, Neustädtische Heidestraße 28, 14.776 Brandenburg/H. zu sehen und hat folgende Öffnungszeiten: Di-So von 10.00-17.00 Uhr Eintritt frei. Weitere Information unter: www.paulikloster-kirche.de, www.stiftung-bg.de

Dr. Horst Seferens

Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten (gekürzt)

Spendenaufkommen im Herbst stark zurückgegangen

Keine gute Nachricht kann die Fg bezüglich der Spender für die VOS überbringen. Offenbar ist die Konjunkturdelle nun auch bei uns angekommen. Sollte trotzdem in den nächsten Monaten doch noch jemand einen EURO als Spende übrig haben oder seinen Mitgliedsbeitrag (!) bezahlen wollen, so kann Sie oder Er es mit beiliegendem Überweisungsträger der VOS zukommen lassen. Ein Dank jedoch an alle, die für die VOS weiterhin gespendet haben:

Sigrid Seime, Monika und Peter Mengel, Margarete und Albin Lichy, Prof. Dr. Udo Ehling, Harry Roth, Siegmund Faust, Werner Hummel, Rainer Buchwald, Fritz Schaarschmidt, Joachim Sommerfeld, Helmut Günther.

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS (VOS)

Stresemannstr. 90, 10 963 Berlin

PVSt Deutsche Post

Entgelt bezahlt

A 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge, Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag elf Mal jährlich (davon einmal als Doppelausgabe)

Bundesgeschäftsstelle der VOS

Stresemannstr. 90, 10 963 Berlin

Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und 030 – 2655 23 81

Fax : 030 - 2655 23 82

Email-Adresse: vos-berlin@vos-ev.de

Sprechzeiten: Dienstag und Donnerstag
von 14.00 bis 17.00 Uhr

Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der
Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**

Spenden sind steuerlich absetzbar

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:

Telefon/Fax: 030 - 2546 26 38

Montag und Donnerstag von 10.00 bis 18.00 Uhr

Dienstag und Mittwoch von 10.00 bis 17.00 Uhr

Redaktion und Satz: Alexander Richter

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS

redaktion@vos-ev.de

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet

Druck: Druckerei Mike Rockstroh, Aue (Sachsen),
Schneeberger Str. 91

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS ist durch den Mitgliedsbeitrag gleichzeitig Bezieher der „Freiheitsglocke“.

Beiträge:

- | | |
|--|---------|
| 1. Aufnahmegebühr | 2,60 € |
| 2. Jahresbeitrag, einschl. Freiheitsglocke | |
| - alte Bundesländer | 45,00 € |
| - neue Bundesländer | 40,00 € |
| 3. Jahresbeitrag für Ehepartner | 15,00 € |
| 4. Jahresbeitrag ABO Freiheitsglocke | 24,00 € |

Internetseiten der VOS und Links unter

www.vos-ev.de

VOS u. BSV Sachsen-Anhalt siehe vos-ev.de

Die nächste Ausgabe (685) erscheint im November 2009.

Redaktionsschluss der FG-Ausgabe 684: 12. Okt. 2009